

kultur verrückt

BfK

FORUM DES BUNDESVERBANDES FREIBERUFLICHER
KULTURWISSENSCHAFTLER | AUSGABE 02-2012

BODENDENKMALPFLEGE BEDROHT
BfK SETZT SICH FÜR DEN ERHALT DES
VERURSACHERPRINZIPIES EIN >>> SEITE 7

EDITORIAL

Dürfen, müssen, können ...

Was dürfen unsere Kunden eigentlich demnächst mit unseren Werken anfangen, in denen unser Wissen, unsere Erfahrung, unser Engagement als Kulturwissenschaftler stecken? Müssen wir bald eine Menge Geld für eine Rentepflichtversicherung berappen? Und schließlich: Was können wir dazu tun, dass aus finanzstarken EU-Förderprogrammen nicht substanzlose Prestigeprojekte werden?

Mit dem Urheberrecht, den neuesten Rentenversicherungsplänen und dem EU-LEADER-Programm zeigt diese **kulturverrückt** mal wieder, mit wie vielen Fragen wir Kulturwissenschaftler uns neben unserer eigentlichen Arbeit beschäftigen dürfen, können und müssen. Ein OVG-Urteil lässt übrigens befürchten, dass der Umfang der aus bodendenkmalpflegerischer Sicht notwendigen archäologischen Grabungen in NRW sinken wird. Die Themen werden uns so bald nicht ausgehen.

Es grüßt

Stefan Nies
(BfK-Vorsitzender)

ZURECHT GERÜCKT

Freiheit für wen?

Zur Debatte um das Urheberrecht

Von *Stefan Nies*. „Die Debatte ums Urheberrecht nimmt ungeahnte Formen an. Da werden Unterzeichner des erstmals im Mai 2012 in der ZEIT veröffentlichten Aufrufs „Wir sind die Urheber“ (www.wir-sind-die-urheber.de), darunter Daniel Kehlmann, Charlotte Roche und Martin Walser, öffentlich bedroht. Vereinfachungen und radikale Zuspitzungen ersetzen eine dringend notwendige sachliche Auseinandersetzung, die die verschiedenen Interessen und dahinter stehenden Akteure klar benennt. Viel Naivität auf der einen Seite und eine schamlose Ausnutzung gut gemeinter Forderungen auf der anderen Seite verbinden sich, so dass am Ende insbesondere die Schwächsten, die freien Kulturschaffenden und ihre Rechte am eigenen Werk, auf der Strecke zu bleiben drohen.

Positionen sortieren, Interessen auseinanderhalten, ...

Hier ein kleiner Überblick über die Lager in der Debatte:

1. Die Verfechter der (vermeintlichen) Nutzerinteressen.

Eine riesige Szene oft junger Internetnutzer möchte möglichst frei auf Musik, Filme, Spiele, Texte und Bildungsangebote zugreifen können. Aufgrund der immer simpleren Möglichkeiten, diese Inhalte über das Netz zu erhalten, empfinden sie jede Einschränkung als Eingriff in ihre persönliche Freiheit, als Beschränkung ihrer Entfaltungs- und Bildungschancen. Und tatsächlich sind einige von ihnen durch Strafanzeigen großer Verwerter und Strafverfolgung bedroht, wenn sie zum Beispiel über Tauschbörsen illegal Filme erhalten haben. Die Piratenpartei ist maßgeblich aus dieser Szene hervorgegangen. In einem Papier zum Wahlprogramm 2013 nennt sie über 80 Einzelpunkte für Änderungen am Urheberrechtsgesetz. „Bildung ist viel zu wichtig für eine Gesellschaft, sollte frei praktiziert werden können und nicht künstlich verknappert oder verteuert werden“, heißt es beispielsweise als Begründung für die Forderung, die (Teil-)Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke im Unterricht zu erleichtern. Warum aber die Urheber diese Bildungsaufgabe durch Verzicht auf Vergütung indirekt finanzieren sollen und nicht der Staat, indem er Nutzungsrechte erwirbt und den Lernenden zur Verfügung stellt, wird nicht gesagt. Andererseits fordern die Piraten die Stärkung der Urheber bei der Weitergabe von



Da lang oder da lang? Die Debatte um das Urheberrecht steht am Scheideweg.

Nutzungsrechten an Dritte z. B. in Verlagsverträgen und wollen ihre Zweitverwertungs- und -rückzugsrechte verbessern.

2. Die traditionellen Verwerter – also zum Beispiel die Verlage, die Musikindustrie, Funk und Fernsehen. Oftmals wird in der öffentlichen Diskussion nicht ausreichend zwischen Verwertern und Urhebern unterschieden. Den Verlagen und besonders der Musikindustrie wird Besitzstandswahrung vorgeworfen, Teile der Internetgemeinde sehen sie gar als überflüssig an, weil Urheber ihre Werke doch direkt ins Netz stellen könnten. Die Verlage argumentieren dagegen vor allem, dass ihre Leistungen über den reinen Vertrieb hinausgehen: Sie wählen aus, lektorieren, sorgen für Qualitätsstandards und Verlässlichkeit, küm-



Jeder wie er will? Da bleiben die Urheber auf der Strecke.

mern sich um Layout und Produktion, platzieren die Werke auf dem Markt. Außerdem sehen sich die Verlage und Musiklabels als Bewahrer von historisch gewachsenen materiellen Medienformen, an denen auch „Nutzerinteressen“ hängen, die von der Internetgemeinde oft übersehen werden.

3. Die Internetindustrie – also zum Beispiel die großen Internetplattformen wie YouTube. YouTube gehört Google, einem Konzern mit Milliardenumsätzen. Er befindet sich derzeit im Streit mit Verwertungsgesellschaften wie der GEMA, die die Interessen der Urheber vertreten. Mit entsprechenden Einblendungen beim Abruf gesperrter Werke versucht er die Nutzer in dieser Auseinandersetzung für sich zu instrumentalisieren.

Bei der Debatte um die Internetzugänglichkeiten wird oft den vermeintlich kostenlosen, nämlich werbefinanzierten Onlineplattformen der Internetindustrie das Wort geredet und übersehen, dass auch hier viel Geld verdient wird (meist an den Urhebern vorbei) und Werbung schließlich nicht ohne Wirkung auf die Nutzer bleibt, sonst wäre sie nicht so teuer. Indirekt finanzieren die Nutzer diese Angebote also doch.

4. Die Urheber – Autoren, Musiker, Künstler, Ausstellungsmacher, Wissenschaftler ... Egal aus welcher Perspektive man die Verwertung von Werken betrachtet, bei

den Urhebern liegt das kreative, innovative und informative Potential einer Gesellschaft. Dass gerade jene sich vor Verfechtern der „freien Zugänglichkeit“ (die meist viel mehr konsumieren als produzieren) für den Wert ihrer Arbeit rechtfertigen müssen, erscheint den meisten Urhebern als Verkehrung der Verhältnisse. Natürlich gibt es Ausnahmen, aber der große Teil der Urheber kann bisher kaum von seinen Werken leben. Nicht das große Geld, sondern der Wunsch, sich künstlerisch auszudrücken, die Gesellschaft zu gestalten, kulturelle Werte zu schaffen und zu erhalten sowie kreativ zu sein, bestimmt ihr Handeln.

Wegen dieser gesellschaftlichen Verankerung verstehen sich viele Urheber nicht als Lieferanten, sondern auch als zu respektierende und entlohnende Kulturschaffende.

...Diskussion fortsetzen, aber versachlichen!

Die Debatte um das Urheberrecht betrifft unseren Verband auf mehreren Ebenen: Viele Mitglieder des BfK bewegen sich in ihrer Arbeit zwischen den traditionell-materiellen und den digitalen Ausformungen von Werken und können sowohl Urheber als auch Verwerter (z.B. als Kuratoren) oder Nutzer sein. Aus Sicht des BfK ist daher eine offene, konstruktive und vor allem versachlichte Diskussion erwünscht. Durch unseren Beitritt zu Initiative Urheberrecht (s.u.) möchten wir dazu beitragen.

gestellt werden darf und kann, ist das Selbstbestimmungsrecht der Urheber und ausübenden Künstler, also das Recht, den Umgang mit ihren Werken und Darbietungen frei und ungehindert zu regeln, solange nicht überwiegende Gemeinwohlinteressen dagegen stehen.

Vorschlägen, die letztlich diese Basis professioneller Berufsausübung von Urhebern und ausübenden Künstlerinnen zerstören, muss ebenso eine Absage erteilt werden wie solchen Überlegungen, ihre persönlichkeitsrechtlichen Befugnisse oder ihre Freiheit künstlerischer Gestaltung zu schmälern. Das gilt allemal für den Gesetzgeber. Dieser ist eben nicht frei, das Urheberrecht ohne Rücksicht auf Persönlichkeitsrechte und angemessene Bedingungen der Verwertung inhaltlich zu gestalten.

Urheber und ausübende Künstler leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Ihre Werke sind frei zugänglich, aber nicht in jedem Fall kostenlos. Die Autorinnen und Autoren gehören zu denjenigen, die kreativ kulturelle Werte (z. T. mit erheblichem Eigenaufwand) schaffen, Wissen bündeln, aufbereiten und kommentieren, immer wieder für Innovationsschübe sorgen und auch einfach nur unterhalten. Natürlich bauen sie dabei auch auf bereits bestehende Werke auf. Das kann jedoch kein Grund sein, ihnen z.B. die Pflicht aufzuerlegen, die vergütungsfreie private Nutzung ihrer Werke zu dulden.

Urheber und ausübende Künstler verdienen Respekt für ihre schöpferische, ihre persönliche Leistung. Ihre Kreativität ist ein entscheidender Beitrag für den Zugang zu Kultur, Bildung und Wissen. Sie müssen selbstbestimmt darüber entscheiden dürfen, ob sie von ihren Werken leben wollen, wie sie die Verwertung ihrer Schöpfungen vornehmen wollen und was sie als Beitrag zur kulturellen Vielfalt leisten wollen. Das Urheberrecht bietet dafür eine wesentliche Grundlage. Der Respekt vor der Persönlichkeit der Urheber und Künstler muss auch im Umgang mit digitalen Fassungen ihres Schaffens der Maßstab sein.

Quelle: www.urheber.info

AUFRUF

Respekt für die Selbstbestimmung der Urheber

Stellungnahme der Initiative Urheberrecht

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Jeder? Mancher Beitrag zur aktuellen Debatte zum Urheberrecht in der „digitalen Gesellschaft“ legt die Schlussfolgerung nahe, dass dieses Grundrecht Urhebern und ausübenden Künstlern teilweise entzogen werden soll: Deren Rechte sollen beschnitten werden zu Gunsten vorgeblich neuer Gemeinwohlbelange.

Da wird einem vergütungsfreien, nicht-kommerziellen Kopieren und Veröffentlichen im Internet ebenso das Wort geredet wie beliebigen Bearbeitungen in Form von Remixen und Mashups, solange sie privat oder jedenfalls ohne einen Erwerbzweck zu verfolgen, vorgenommen werden. Den Betroffenen wird empfohlen, mit Vorträgen, Konzerten und ähnlichen Dienstleistungen ihr Geld zu verdienen, statt auf Vergütungen aus ihren Werken und Darbietungen zu hoffen. Ausschließliche Rechte der Urheber werden als angeblich innovationsfeindliche und den kulturellen Fortschritt hemmende Möglichkeiten der Urheber gezeigelt. Es wird verlangt, so genannte Fair-Use-Klauseln im Gesetz zu verankern. Schließlich sollen wegen vermeintlicher Unternutzungen oder eines angeblichen Mangels an offenen Formaten Schutzfristen radikal verkürzt werden. Und all das soll ohne die Zustimmung der Urheber und ausübenden Künstler erlaubt sein – auch gegen deren erklärten Willen.

Keine Frage, über viele Vorstellungen kann und muss diskutiert werden. Nicht nur, weil die freie Entfaltung der Persönlichkeit nicht isoliert zu haben ist, sondern ihre Grenzen an den Rechten anderer findet, also erst recht an Belangen der Allgemeinheit. Was aber nicht in Frage

In der „Initiative Urheberrecht“ arbeiten Gewerkschaften und Verbände, darunter auch der BfK, zusammen, die die Interessen von Urhebern und ausübenden Künstlern vertreten. Die Initiative versteht sich als alle Sparten kreativen Schaffens bündelndes Diskussionsforum, das auch für weitere Organisationen offen ist. Sie tritt aktiv für die Belange aller schöpferisch Tätigen ein. [SN]

AKTUELLE DISKUSSION

Zwangsrente oder gerechte soziale Absicherung?

Zu den Plänen für eine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige

Von Stefan Nies. Im Rahmen der geplanten Rentenreform möchte die Bundesregierung alle Selbstständigen zu einer Alterssicherung verpflichten. Sie sollen zukünftig nachweisen, dass sie in eine private oder gesetzliche Rentenversicherung genügend einzahlen, um zumindest eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erhalten. Damit solle zum einen Altersarmut vorgebeugt, zum anderen eine Gerechtigkeitslücke geschlossen werden, da auch viele ausreichend verdienende Selbstständige nicht vorsorgen, im Alter dann aber Anspruch auf Sozialleistungen haben. Einen konkreten Gesetzesentwurf gibt es noch nicht, die Eckpunkte lassen aber darauf schließen, dass monatliche Beiträge zwischen 250 und 350 Euro zu erwarten sind. Für Selbstständige, die zum Inkrafttreten der Reform zwischen 30 und 50 Jahre alt sind, soll es Ausnahmeregelungen geben, falls sie bereits „vorsorgen“ über 50jährige sollen ganz ausgeklammert werden, genauso Selbstständige, die weniger als 400 Euro im Monat verdienen. Ausgenommen werden auch

Versicherte der Künstlersozialversicherung und in berufsständischen Versorgungswerken. Außerdem heißt es in einem Papier des Bundesarbeitsministeriums: „Die besondere Situation von Selbstständigen wird durch Möglichkeiten zur flexiblen Beitragszahlung und durch Beitragsfreiheit in der Existenzgründungsphase berücksichtigt. Durch Erleichterungen in der Einstiegsphase sollen Unternehmensgründungen nicht gefährdet

werden.“ In den Bundestag einbringen möchte die Bundesregierung das Reformpaket in der zweiten Jahreshälfte 2012. Die Änderungen sollen im Jahr 2013 in Kraft treten.

Wo beginnt und wo endet die Selbständigkeit?

Die Pläne haben eine Diskussion ausgelöst, auf die Ministerin Ursula von der Leyen sogar bereits mit einem Video-statement auf ihrer Website reagierte. Die Online-Petition eines 27jährigen IT-Spezialisten aus Hamburg fand schnell über 80.000 Unterstützer. Die Kritik wendet sich einerseits generell gegen staatliche Einmischung in die Selbstständigkeit und mehr Bürokratie, sieht andererseits viele kleine Selbstständige in ihrer Existenz gefährdet, weil sie die Beiträge nicht werden aufbringen können. Kritisiert wird auch, dass offenbar ähnlich wie bei der Krankenversicherung für Selbstständige nicht das tatsächliche Einkommen bei der Bemessung der Beiträge zugrunde gelegt werden soll. DGB, SPD und Grüne sprechen sich zwar für eine obligatorische Altersvorsorge aus, verlangen aber eine andere Ausgestaltung zum Beispiel mit Zuschüssen für Kleinverdiener und einer Beteiligung der Auftraggeber von Kleinunternehmern an deren Rentenbeiträgen. Hier könnte das Modell der Künstlersozialkasse Pate stehen. Die Gewerkschaft Verdi, in der auch über 30.000 Selbstständige organisiert sind, tritt „für eine Vorsorgepflicht innerhalb der solidarisch finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung ab dem ersten Tag“ ein, um angesichts wechselnder Erwerbsphasen von abhängiger Beschäftigung, Selbstständigkeit, Familienphase und Arbeitslosigkeit eine armutsfeste Altersversorgung aller zu sichern.

Es ist zu befürchten, dass die derzeit geplante Reform, zu deren Ausgestaltung die Unternehmensberatung McKinsey eine Machbarkeitsstudie anfertigt, weit weg von solchen Zielen bleibt, sondern die Existenz kleiner Selbstständiger gefährdet und die „großen“ verschont.

KOMMENTAR

Gefragt ist Mut zu tief greifenden Änderungen

Von Wolfgang Fritzsche. Auf den ersten Blick erscheint das Vorhaben der Bundesregierung plausibel: Können wir es hinnehmen, dass immer mehr Menschen mangels fester Stellen oder angemessener Honorare in eine Freiberuflichkeit gedrängt werden, deren Einkommen für eine qualifizierte Altersvorsorge nicht ausreicht? Diese Menschen fallen irgendwann einmal der Gesellschaft zur Last, weil die Sozialkassen für deren Grundsicherung aufkommen müssen. Andererseits: Warum und mit welchem Recht mischt sich der Staat in unsere Belange als Freiberufler ein, woher nimmt er das Recht, uns eine staatliche Altersversorgung auf zu oktroyieren, deren Rendite denkbar schlecht ist? Das tut er doch nur, um das derzeitige marode System zu finanzieren und die Menschen, die jetzt als „neue“ Beitragszahler hinzukommen, interessieren ihn doch in Wirklichkeit gar nicht. Er will nur unser Geld.

Tatsächlich? Beide Sichtweisen sind zu einfach. Das Problem liegt woanders. Nämlich darin, dass sich bereits jetzt viel zu viele Menschen aus dem Sozialsystem (Rente, Krankenkasse etc) verabschiedet haben bzw. daraus verabschiedet wurden, weil sie nicht in die starren Strukturen passen. Zudem wurden in der Vergangenheit viel zu viele sachfremde Ausgaben aus diesen Kassen zu bestritten. Jetzt kommt noch der demografische Wandel hinzu und so klammern sich viele Politiker an ein völlig veraltetes, überholtes System. Um es klar auszudrücken: Das System war mal das beste der Welt, jetzt ist es aber überholt und wird mittelfristig kaum noch tragfähig sein. Wir brauchen deshalb ein neues System sozialer Sicherung, das sich auf die jetzt herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen einlässt. Von der Politik muss daher verlangt werden, völlig neue Strukturen zu entwickeln und die überholten über Bord zu werfen.



HINTERGRUND

Nachhaltige Regionalentwicklung – Verantwortungsvolle Kulturförderung

EU-Förderprogramme als Herausforderung für Kulturwissenschaftler

Von Jochen Ramming. „Kultur wandelt sich von einem weichen zu einem harten Standortfaktor“, stellte jüngst Åsa Peterson, Geschäftsführerin der „Region Mainfranken GmbH“, einer von Kommunen und Gebietskörperschaften getragenen Regionalentwicklungsgesellschaft, fest. Hinter dem hier diagnostizierten Wandel steht offensichtlich die schlichte Einsicht, dass Kultur – weit mehr als bislang gedacht – ökonomische Effekte generiert; jüngst entdeckt bei der Kreativwirtschaft oder schon länger bekannt in der Tourismusbranche. Kulturförderung wird daher in letzter Zeit immer stärker als Zukunftsinvestition verstanden: Aus einer „freiwilligen Leistung“ der öffentlichen Hand, die bei knapper Kassenlage jederzeit eingestellt werden konnte, ist mittlerweile vielfach verantwortungsvolle und nachhaltige Entwicklungspolitik geworden.

Die EU stellt zur Unterstützung nachhaltiger Entwicklungsmaßnahmen vor allem in ländlich strukturierten Gebieten gewaltige Fördersummen zur Verfügung. Dabei spielt im Hinblick auf eine mögliche Kulturförderung insbesondere das seit 1991 in mehreren Förderphasen aufgelegte LEADER-Programm (Liaison Entre Actions de Développement de l'Economie Rurale) eine gewichtige Rolle. Von 169 für den bayerischen Regierungsbezirk Unterfranken registrierten musealen Einrichtungen nahmen bislang mindestens 17 Institutionen, zum Teil sogar mehrfach, Fördermittel aus diesem Programm in Anspruch; eine ganze Reihe weiterer Projekte ist in Vorbereitung. Dieser Anteil von rund 10% mit EU-Mitteln geförderten Museen in Unterfranken steigert sich in einzelnen Landkreisen mitunter bis auf 25% aller entsprechenden Einrichtungen. Damit schwingt sich das LEADER-Programm offenkundig zu einem herausragenden Förderinstrument für Museen im ländlichen Raum auf.

Doch LEADER ist kein Kulturförderprogramm, sondern ein Fonds zur Unterstützung regionaler Entwicklungsprojekte! Die Ursprünge von LEADER liegen in der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die anfangs allein die Autarkie der europäischen Lebensmittelproduktion zum Ziel hatte. Milchseen und Butterberge, aber auch Bauernsterben und Landflucht machten ab Beginn der 1980er Jahre eine Neuausrichtung der Agrarpolitik unumgänglich. Anstelle einer ausschließlich auf den landwirtschaftlichen Sektor ausgerichteten und zudem streng wachstumsorientierten Entwicklungspolitik gewannen nun Konzepte zu nachhaltiger Entwicklung der ländlichen Regionen unter Einbeziehung

auch nicht agrarischer Ökonomien sowie sozialer, ökologischer und kultureller Aspekte an Gewicht. 1988 kam es dann auch zur Reform der EU-Strukturfonds, so dass künftig Initiativen zur Erreichung der neugesteckten Ziele finanziert werden konnten. Eine dieser Initiativen war das 1991 erstmals – damals in kleinem Rahmen – aufgelegte LEADER-Programm. Der sofortige Erfolg führte zu kontinuierlichen Neuaufgaben: In der dritten Förderphase zwischen 2000 und 2006 wurden europaweit bereits 2 Milliarden Euro Fördermittel ausgeschüttet. In der sechsten zu Ende gehenden vierten Phase standen allein in Bayern 73,4 Millionen Euro zur Verfügung. Der Anreiz, auf diese üppig fließenden Mittel zuzugreifen, ist groß, können damit doch bis zu 50% der Kosten für eine Regionalentwicklungsmaßnahme finanziert werden.

Wie jedoch entsteht ein (kulturelles) Regionalentwicklungsprojekt mit Aussicht auf Unterstützung aus dem LEADER-Programm? Grundsätzlich stellt LEADER der bloßen und



dirigistischen Subventionierung des agrarischen Sektors die Idee einer selbstverantwortlichen und umfassenden – „integrierten“ – Regionalentwicklung durch die ansässige Bevölkerung gegenüber. Im ideal gedachten Ablauf eines LEADER-Prozesses müssen sich lokale Akteure unter Einbeziehung von Fachleuten zu einer so genannten „LEADER-Aktionsgruppe“ zusammenschließen, die Region ihres Handelns definieren und deren Potentiale bzw. Hemmnisse ermitteln. Aus diesen gemeinschaftlichen Überlegungen entwickelt die Aktionsgruppe dann Handlungsziele und konkrete Maßnahmen, fasst diese in einem regionalen Entwicklungskonzept (REK) zusammen, beschließt dann selbst die Realisierung einzelner Projekte und begleitet zuletzt die Umsetzungsarbeiten. Voraussetzung jeder LEADER-Förderung ist dabei das konsequente Verfolgen des „Bottom-Up“-Prinzips, das zwingend die gemeinschaftliche Projektentwicklung durch lokale Akteure einfordert.

Ziel dieses aufwändigen Prozesses ist dabei unter anderem die Identifikation der Einwohner mit der Region ihres eigenen Handelns: Jeder darf und soll die Zukunft seines Lebensumfeldes mitgestalten – Lebensqualität und Ortsbindung sollen so gestärkt werden: Als Maßnahmen gegen Abwanderung und die Verödung ländlicher Strukturen.

Dr. Jochen Ramming, M.A., geb. 1968 in Schweinfurt, studierte Volkskunde, Kunstgeschichte und Archäologie an der Julius-Maximilians Universität in Würzburg. 1997 gründete er mit seiner Partnerin das Kulturbüro FrankKonzept. Arbeitsschwerpunkte sind seither die Konzeption und Realisierung von Ausstellungen und Museen, die Durchführung volkswissenschaftlicher Forschungsprojekte sowie die Initiierung und Koordination von Regionalentwicklungsmaßnahmen im Kulturbereich (www.frankkonzept.de). 2008 promovierte Jochen Ramming über zivile Uniformierungsprozesse zu Beginn des 19. Jahrhunderts und nahm regelmäßig Lehraufträge am germanistischen Institut der Universität Würzburg wahr.



Oben: Museale Ausstellungen sind oftmals Teil regionaler Entwicklungsprojekte, die jedoch stets in umfassendere Maßnahmen eingebunden sein müssen. Das Gipsinformationszentrum Sulzheim zeigt eine Ausstellung zum Thema Gips. Rechts: Im Literaturhaus Wipfeld werden vier örtliche Literaten museal präsentiert. (Fotos: Jochen Ramming)

Mitglieder werben – Mitglied werden

Mitglieder des BfK, die ein neues Mitglied werben, erhalten 50 Prozent eines Jahresbeitrags erstattet. Infos unter:

www.b-f-k.de



Oben: Das Literaturhaus Wipfeld ist Museum und Lesebühne in einem. Rechts oben: Das Fränkische Bildstockzentrum Egenhausen steht im Mittelpunkt eines weitverzweigten thematischen Wander- und Radwegenetzes. Rechts: Beim Projekt „Kräuter, Kraut und Rüben“ soll der Gemüseanbau in Sennfeld durch Gruppenfahrräder erschlossen werden. Bürgermeister und Geldgeber fahren das Gerät probeweise durch die Flur. (Fotos: Jochen Ramming)



Gerade der Kultur kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu, sind es doch nicht selten historische und kulturelle Besonderheiten, an denen regionale Identitätsbildung ansetzt und durch die Gemeinschaftsgefühl geweckt wird. Darüber hinaus gilt Kultur mittlerweile aber auch – wie eingangs zitiert – als immer härterer Standort- und damit Wirtschaftsfaktor. Kultur schafft letztlich beides: Zusammenhalt und Gewinn! Mit ihr scheint die Regionalentwicklung das Ei des Kolumbus entdeckt zu haben – 50%-Förderung durch LEADER inklusive...

Doch auf Seiten der traditionellen Kulturförderung, etwa bei Museumsberatungsstellen oder in der Heimatpflege, wächst die Skepsis gegenüber dem neuen Förderinstru-

ment. LEADER – so lautet die Kritik – gefährde die nachhaltige und kontinuierliche Museums- und Kulturarbeit, da LEADER nur Investitionen, nicht aber den Betrieb fördere und zudem explizit auf deutliche Alleinstellungsmerkmale jedes Einzelprojekts poche sowie auf eine größtmögliche Öffentlichkeit. Sammlungspflege, Inventarisierung oder gezielte Forschung sind über LEADER nicht finanzierbar. Stattdessen werden oft neue Ausstellungen mit prägnanten Themen- und Zielsetzungen aus dem Boden gestampft, die einerseits traditionelle Museen mit einem eher indifferenten Sammlungsauftrag an den Rand drängen und andererseits scharf zugespitzte regionale Außenbilder produzieren. Aus landwirtschaftlich geprägten und in Heimat- und Landschaftsmuseen so auch repräsentierten Regionen werden klar voneinander abgegrenzte Gebiete mit einer öffentlichkeitswirksam vorgetragenen kulturellen Einzigartigkeit. Die wirkt aber oft eher wie eine Marketing-idee und nicht wie die gemeinschaftlich entwickelte Identität lokaler Akteure. Die immensen Förderanreize, die LEADER dabei bietet, vergrößern zusätzlich die Gefahr, dass politische Amtsträger – ohne wirkliche Rückbindung zu lokalen Akteuren versuchen, kulturelle Regionalentwicklung mit Prestigeprojekten zu betreiben.

Freiberufliche Kulturwissenschaftler stellt diese Spannungslage vor Herausforderungen, die ein hohes Maß an



Einfühlungsvermögen in kulturpolitische und kulturhistorische Strategien und Zusammenhänge erfordern. Denn selbstverständlich ist die Initiierung und Realisierung von Kulturprojekten im Rahmen von Regionalentwicklungsprogrammen ein lohnendes Betätigungsfeld; jedoch bedarf es – bei aller Lukrativität entsprechender Aufträge – stets einer verantwortungsbewussten Abwägung. Nicht jedes denkbare – und mit Mitteln aus dem LEADER-Programm finanzierbare – Projekt ist auch ein gutes Projekt im Sinne einer nachhaltigen regionalen Kultur- und Museumspolitik; und umgekehrt müssen Kommunen und ländliche Regionen als mögliche Projektträger nicht alle Vorbehalte und Direktiven übergeordneter Beratungsbehörden widerstandslos hinnehmen. Externe Projektentwickler müssen hier stets deutlich Stellung beziehen und kulturdirigistische Übergriffe ebenso abwehren wie übersäumende Visionen von zusammenhanglos in die Regionen gepflanzten kulturellen Großprojekten. Die Basis für ein solchermaßen verantwortungsvolles Handeln kann und muss ein tiefgründendes Verständnis für die kulturellen Bedürfnisse und für die historischen Bedingtheiten der Regionen sein, wie sie nur erfahrene Kulturwissenschaftlerinnen und –wissenschaftler vorweisen können.

MITGLIEDERPROJEKT

Graf Hans springt über den Rhein

Erlebnis-Stadtouren der besonderen Art

Von Barbara Krull. Man nehme eine Idee, recherchiere die Geschichte, entwickle eine Figur. Was fehlt noch? Ach ja, die Figur braucht ein Kostüm, einen Text, sie braucht einen Weg, eine Bühne und eine Anleitung. War es das? Nein, der Gast ist heute anspruchsvoller. Etwas für den Magen, etwas für die Sinne, Unterhaltung und Spaß sollen dabei sein. Das Ergebnis ist ein amüsanter, unterhaltsamer Stadtrundgang mit wissenschaftlich fundiertem Lokalwissen, von dem Einiges in Erinnerung bleiben wird. Die Entwicklung und Installierung einer neuen TIMEWALKING-Tour dauert meist bis zu einem Jahr. Wir beginnen mit der Recherche im Archiv, sprechen mit Zeitzeugen, besuchen Museen und sichten ihre Bestände. So versuchen wir die Seele einer Stadt oder eines Ortes zu erspüren.

Die Mischung aus wissenschaftlicher Arbeit, Recherche und handfester praktischer Arbeit macht dabei den Reiz für einen Kulturwissenschaftler aus. Langweilig wird es nie.

Arbeit zwischen Kultur und Tourismus

Eine besondere Erfahrung war der Aufbau der Graf Hans Tour in Laufenburg, einer Kleinstadt am Hochrhein nahe Basel im Grenzbereich zwischen Deutschland und der Schweiz. Nach mehreren Gesprächen mit der Stadtverwaltung Laufenburg und dem Bürgermeister von Laufenburg/Baden wurde der Auftrag erteilt, der zunächst die Nutzung der von uns entwickelten Tour umfasste. Das Konzept, inklusive Drehbuch, Kostümen, ausgebildeten Schauspielern, Werbekonzept und Buchungsanleitung bleibt dabei in unserem Besitz. Werbung, Durchführung und Buchungsvorgang verlaufen in enger Kooperation von TIMEWALKING mit den Auftrag gebenden Gemeinden und deren Institutionen. Das Ganze wird mittels eines Werbekostenzuschusses finanziert, der die Kosten für den Aufbau der Führung deckt. Der Vorteil liegt hier eindeutig bei den Auftraggebern. Sie können ihr Kostenrisiko minimieren, indem sie die Führung über einen Zeitraum von ein bis

zwei Jahren auf ihre Wirtschaftlichkeit hin testen und erst dann entscheiden, ob ein Kauf stattfindet. Die Stadt Laufenburg entschied sich nach einem Jahr für die Gesamtübernahme der „Graf Hans Tour“ durch die Ablösung der noch ausstehenden Summe.

Die Entwicklung der Führung begann wie üblich mit der Wahl der Figur. Als Imageträger war Graf Hans IV. von Laufenburg geradezu prädestiniert. 1386 musste der als „lustiger Hans“ bekannte Adlige seine Stadt wegen Überschuldung an das Haus Habsburg-Österreich verkaufen. Dennoch war er bei der Bevölkerung sehr beliebt, weil er den „Hotzenwäldern“ ihre Rechte verbriefte. Als Volkskundlerin legte ich bei der Erarbeitung ein besonderes Gewicht auf die heutigen Beziehungen der Grenzregion Baden am Hochrhein und der gegenüberliegenden Schweiz. Verschiedene Mentalitäten und politische Strukturen stoßen hier auf engstem Raum aufeinander und mussten sensibel berücksichtigt werden. Deutschland und die Schweiz sollten dabei gleichberechtigt behandelt werden. Dies bezog sich auf die Aufenthaltsdauer der Gäste in den beiden Teilen, ebenso wie auf die kulinarischen Stationen. Sogar die Schauspieler sollten paritätisch aus beiden Stadtteilen stammen.

Graf Hans wurde als eine Figur entwickelt, die aus ihren eigenen historischen Zusammenhängen als Besucher in die heutige Welt kommt, dabei aber auch über die Gegenwart berichtet. Bei der historischen Recherche fand sich umfassende Literatur in den Stadtarchiven von Laufenburg Baden und Laufenburg Schweiz. Historisch bezog sich dies vor allem auf die unterschiedlichen Linien des Hauses Habsburg. Geographisch rückte der Rhein als Grenzfluss in den Mittelpunkt. Die ehemaligen Stromschnellen, „der Laufen“, stellten eine Herausforderung dar, die später durch die Sprengung und Umgestaltung überwunden wurde.

Die Akzeptanz der von uns entwickelten Imagefigur ging schließlich soweit, dass Graf Hans zum Werbeträger der beiden Städte wurde. So verbinden sich Kulturarbeit und Tourismus auf das Engste. Gerade wenn Schauspieler und Laien Führungen ausarbeiten und anbieten, ist dabei die fundierte wissenschaftliche Arbeit unter Einbeziehung von Kulturwissenschaften, Geschichte und Volkskunde unerlässlich.

Barbara Krull M.A. studierte Volkskunde, Klass. Archäologie und Alte Geschichte. 2002 gründete sie das Unternehmen TIMEWALKING TIMETALKING, welches Gemeinden, Kommunen und Firmen Konzepte für Erlebnis-Touren anbietet und entwickelt.

Projektkonzeption
TIMEWALKING TIMETALKING
Barbara Krull M.A.

Projektleitung
Maria Theresia Rist
Silvia Blaser

Auftraggeber
Stadt Laufenburg Baden
Tourismus- und Kulturamt
Laufenburg
Stadt Laufenburg (CH)
Verkehrsbüro Laufenburg



Graf Hans, hier als Comicfigur, vor der Kulisse Laufenburgs am Hochrhein. (Foto: Stadt Laufenburg)

ARCHÄOLOGIE

Bodendenkmalpflege in NRW bedroht

Der BfK setzt sich für den Erhalt des Verursacherprinzips bei Grabungen ein

Von Elisabeth Ida Faulstich und Martha Aeissen. Fast unbemerkt von Öffentlichkeit und Politik steht die in den letzten 20 Jahren erfolgreich realisierte flächendeckende Bodendenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen vor dem Aus. Zugleich bedeutet dies für eine ganze Branche, die archäologischen Fachfirmen, die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Sie sind mit geschätzten 250 bis 350 Mitarbeitern in NRW der größte Arbeitgeber für archäologisches Fachpersonal vom Wissenschaftler bis zum Grabungsfacharbeiter. Im Interesse seiner Mitglieder, darunter viele Ausgrabungsfirmen, setzt sich der Bundesverband freiberuflicher Kulturwissenschaftler e.V. für den Erhalt der bewährten Strukturen ein. Der BfK fordert eine rasche Änderung des



Ausgrabung im ehem. Kloster Altenberg. Hier ist vor allem Handarbeit gefragt. (Foto: Manuel Hofmann)

Denkmalschutzgesetzes, die eine Kostenbeteiligung des Bauträgers (das sogenannte Verursacherprinzip) eindeutig festlegt.

Anlass ist ein Urteil des OVG Münster – erstritten von einer kleinen Wirtschaftslobby –, welches feststellt, dass es dem Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalens an einer klaren Formulierung fehlt, wer die Kosten einer Rettungsgrabung zu tragen habe. Überfällig ist eine solche Regelung nicht erst seit dem OVG-Urteil vom September 2011,

sondern bereits seitdem die Bundesrepublik Deutschland 2003 dem Europäischen Abkommen zum Schutz des archäologischen Erbes, der sogenannten Konvention von Malta, beigetreten ist.

Die grundlegende Frage ist, ob ein Investor – wie bereits seit mehr als 20 Jahren praktiziert und in der Konvention von Malta festgelegt – im Rahmen des Zumutbaren die Kosten für eine Ausgrabung zu tragen hat, die ausschließlich durch sein Bauvorhaben veranlasst ist, oder ob zukünftig die öffentliche Hand und damit der Steuerzahler dafür aufkommen soll.

Die Kapazitäten der staatlichen Institutionen der Denkmalpflege, durch Einsparungsmaßnahmen in den letzten Jahren ohnehin geschwächt, reichen nur zur Bewältigung eines Viertels der Ausgrabungen aus. Das Gesamtvolumen der archäologischen Maßnahmen lag in den letzten Jahrzehnten bei jährlich etwa 40 Millionen Euro. Da im Haushalt von NRW zusätzliche Mittel für die Bodendenkmalpflege in Höhe von 30 Millionen Euro nicht zur Verfügung stehen, sind drei Viertel der von Baumaßnahmen betroffenen Bodendenkmalsubstanz derzeit von der Zerstörung durch den Bagger bedroht.

Das OVG-Urteil hat ein Vakuum hinterlassen, welches möglichst rasch gefüllt werden muss. Der BfK tritt gegenüber der neuen Landesregierung für eine rasche Änderung des Denkmalschutzgesetzes ein, die eine Kostenbeteiligung des Bauträgers (das sogenannte Verursacherprinzip) eindeutig festlegt. Nur so lässt sich die Bodendenkmalpflege langfristig sichern, werden die Arbeitsplätze bei den Fachfirmen erhalten und der Landeshaushalt vor zusätzlichen Kosten bewahrt.

BFK-FACHTAGUNG IN WÜRZBURG

Praxiserfahrungen mit digitalen Dokumentationstechniken

Über hundert Teilnehmer, darunter erfreulich viele jüngere Kollegen, hatten sich in der Würzburger Residenz eingefunden, um Vorträge aus den Bereichen der archäologisch geprägten Naturwissenschaften zu hören und sich über den Einsatz von neuen Technologien in der Archäologie zu informieren.

Eröffnet wurde die Tagung mit Vorträgen aus der Anthropologie, die in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte in neuen Analyseverfahren vorzuweisen hat. Ausgrabungen mit Gräbern können nicht mehr auf die Zusammenarbeit mit solchen Spezialisten verzichten, denn die Ergebnisse anthropologischer Untersuchungen erzählen in der Regel weit mehr über den Bestatteten als das archäologische Umfeld. So entsteht eine Sammlung von Lebensgeschichten einzelner Individuen, über die wiederum Rückschlüsse auf gesellschaftliche Umstände möglich sind, die uns durch historische Quellen nicht überliefert sind.

Dazu gab es Beispiele aus der Archäobotanik und der Geoarchäologie, die ebenso die wissenschaftliche Bewertung archäologischer Ausgrabungen hervorragend unter-

stützen. Eine immer wiederkehrende Frage in der Archäologie ist: Wie alt ist das? Eine Einführung in die C14-Methode und den Möglichkeiten und Tücken der Kohlenstoffdatierung gab Antworten. Den Blick auf archäologische Denkmäler ohne Ausgrabung vermittelten Berichte über den Einsatz geophysikalischer Methoden und deren kritische Hinterfragung. Sie zeichneten ein umfassendes Bild zum derzeitigen Stand der Geophysik in der Archäologie und der erfolgreichen fachübergreifenden Zusammenarbeit. Digitale Bilder in 3D haben ihren Exotenstatus in der archäologischen Dokumentation verloren. Neue Techniken erlauben es mittlerweile fast jedermann, eine 3D-Punktwolke zu erzeugen. Auf der Tagung wurde ein überzeugendes Komplettsystem archäologischer 3D-Dokumentation ebenso vorgestellt wie die Vielfalt und Schwierigkeit des 3D-Laserscannings, etwa im Bergbau untertage oder bei der bauhistorischen Untersuchung eines eingestürzten Hauses. Außerdem ging es um Kombinationen von digitalen Verfahrensweisen und die Verarbeitung der Daten mit entsprechender Software.

Referenten gaben zu bedenken, dass nicht jede 3D-Aufnahme zu einem sinnvollen und den wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Ergebnis führt. Das vorläufige Ergebnis hierzu könnte man in einem „eingeschränkten Ja“ zur digitalen Technik zusammenfassen. [EIF]



Bei der von Mitgliedern des BfK und des SAB (Selbstständige Archäologen Bayerns) vorbereiteten Tagung wurden sowohl Vorzüge als auch Grenzen digitaler Dokumentationstechniken aufgezeigt und in Diskussionen lebhaft erörtert. (Foto: Daniel Stemper)

Die Tagungsbeiträge sollen demnächst als Netzpublikation veröffentlicht werden.

ANZEIGE

Ort für Kunst, Kultur und ihre Vermittler/innen



Bundesakademie
für kulturelle Bildung
Wolfenbüttel

www.bundesakademie.de
www.facebook.com/Bundesakademie
post@bundesakademie.de

IMPRESSUM

kulturverrückt

Ausgabe 02-2012 (September)

Forum des Bundesverbandes freiberuflicher Kulturwissenschaftler e.V.

Herausgeber: Stefan Nies für den BfK-Vorstand

Redaktion: Stefan Nies, Martina Padberg, Petra Watermann (Regionalgruppe Rhein-Ruhr)

Autoren: Elisabeth Ida Faulstich [EIF], Norbert Fischer [NF], Thomas Hammacher [TH] und die namentlich genannten Verfasser

Infothek: Susanne Abeck

Gestaltung: LPG, Bonn

Fotos: Christian Padberg und die namentlich genannten Quellen

Anschrift:

BfK-Geschäftsstelle

Choriner Straße 1

10119 Berlin

Tel.: 030 - 34 39 84 40

Fax: 030 - 34 39 84 42

E-mail: service@b-f-k.de

Internet: www.b-f-k.de

Hier finden Sie auch Ansprechpartner in Ihrer Region.

In **kulturverrückt** können Sie Anzeigen veröffentlichen! Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

ISSN: 2193-2441



BfK-TAGUNG 2013 IN WOLFENBÜTTEL

Occupy Museum?

Partizipation, Inklusion, Integration, kulturelle Teilhabe bildungsferner Schichten, barrierefreier Zugang, Nachhaltigkeit – neue Schlagwörter bestimmen den aktuellen Diskurs über den Sinn und die Aufgaben der Museen. Was aber bedeuten sie für die museale Praxis? In Kooperation mit der *Bundesakademie für kulturelle Bildung* und der *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb* fragt der BfK acht Jahre nach der Tagung „Das Magische Dreieck – Die Museumsausstellung als Zusammenspiel von Kuratoren, Museumspädagogen und Gestaltern“ (2005) angesichts gesellschaftlicher Paradigmenwechsel erneut nach den aktuellen Entwicklungen in den musealen Berufsbildern und nach der Zukunft des Arbeitsplatzes Museum.

Das zunehmende Bedürfnis nach gesellschaftlich-politischer Teilhabe und eine wachsende öffentliche Skepsis gegenüber tradierten Wissens- und Autoritätsmonopolen haben auch die Museen inzwischen erreicht. Neue Formen musealer Praxis werden diskutiert, eingefordert und erprobt. Dabei wird offensichtlich, dass die Beschränkung auf die klassischen Aufgaben Sammeln, Bewahren, Forschen, Ausstellen und Vermitteln nicht mehr ausreichen, um dem Museum einen relevanten und wirksamen Platz in der Mitte der Gesellschaft zu verschaffen. Wie verhält sich das neue Bild vom demokratisierten Museum als Labor oder als Open Space zu den bestehenden institutionellen Strukturen und Hierarchien und welche Herausforderungen entstehen dadurch für die Museumsmitarbeiter/innen? Welche fachlichen und persönlichen Fähig-

keiten sind dabei gefragt, welche Formen der Zusammenarbeit und Prägen institutioneller Organisation erscheinen erfolgversprechend?

Die Teilnehmer der Tagung sind eingeladen, ihre Erfahrungen im Rahmen offener Tagungsmodule in die Diskussion einzubringen. Tagungsformen: Impuls- und Fachvorträge, Projektvorstellung, Open Space, Plenum, informeller Austausch. Die Tagungsgebühr wird ca. 120,00 Euro inkl. Vollverpflegung betragen, es gibt einen reduzierten Beitrag für BfK-Mitglieder. [TH]

25.–27. April 2013, Wolfenbüttel, Bundesakademie für kulturelle Bildung

HAMBURG

Dokumentarfilmerin zu Gast beim BfK

Die Volkskundlerin Frauke Paech, die seit vielen Jahren als freiberufliche Dokumentarfilmerin arbeitet und durch ihren im Großraum Hamburg vielfach aufgeführten Film über die Sturmflut 1962 bekannt geworden ist, berichtete beim Frühjahrstreffen der BfK-Regionalgruppe.

Ihre Auftraggeber sind überwiegend Museen, Geschichtswerkstätten, wissenschaftliche Institute und ähnliche Einrichtungen, die Finanzierung erfolgt zumeist über eine Projektförderung durch Dritte. Der Aufwand für ein Filmprojekt, so erläuterte Paech, sei in technisch-logistischer, personeller und zeitlicher Hinsicht enorm hoch. Daher seien viele Projekte unterfinanziert. Umgekehrt sei selbst bei häufigen Aufführungen einzelner Dokumentarfilme kein nennenswertes zusätzliches Honorar bzw. Lizenzentnahmen zu erwarten. [NF]

Nächstes Regionaltreffen Hamburg und Umgebung: Donnerstag, 18. Oktober 2012, 19 Uhr. Gast: Stefan Nies, BfK-Vorsitzender

NACHRUF

Trauer um Matthias Kümmel M. A.

„Der Tod ist gewissermaßen eine Unmöglichkeit, die plötzlich zur Wirklichkeit wird.“ Johann Wolfgang von Goethe

Am 16. Juli 2012 ist Matthias Kümmel durch einen tragischen Unfall im Alter von nur 39 Jahren tödlich verunglückt. Mit ihm verlieren wir einen beliebten Kollegen und anerkannten Wissenschaftler. Durch sein stets freundliches und hilfsbereites Wesen hat er sich die Zuneigung aller erworben. Wir werden ihn immer in guter Erinnerung und in unseren Herzen behalten.

INFOTHEK

AUSGEWÄHLTE AUSSTELLUNGEN:

BAD HOMBURG

Im Schein des Unendlichen. Romantik in der Gegenwart
Sinclair-Haus

13.12.2012–24.2.2013

„Wer Romantik meint, meint moderne Kunst, das heißt die Intimität, die Spiritualität, die Farbe und das Streben nach dem Unendlichen ausgedrückt mit allen verfügbaren Mitteln der Kunst“, definierte Charles Baudelaire 1848. Davon ausgehend präsentiert die Ausstellung 13 Künstlerinnen und Künstler – von Marina Abramović bis Bill Viola –, deren Arbeiten sich mit der Idee der Romantik verbinden.
www.altana-kulturstiftung.de

BONN

Lob der Torheit. Narren. Künstler. Heilige

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland
31.8.–2.12.2012

Schamanen, Narren, Wahrsager, Künstler, Helden und Medizinmänner – die Ausstellung beleuchtet (über)menschliche Grenzgänger der verschiedensten Zeitepochen und Kulturkreise.
www.bundeskunsthalle.de/

DRESDEN

Die Leidenschaften

Hygienemuseum
bis 30.12.2012
Mit einer spannungsreichen Gegenüberstellung von kostbaren wie alltäglichen Exponaten hat die australische Kuratorin Catherine Nichols ein Theaterstück zur Kulturgeschichte der Leidenschaften von der Antike bis in unsere Gegenwart entwickelt. Die Besucherinnen und Besucher erleben

in einem begehbaren und sich von Akt zu Akt verwandelnden Bühnenbild ein Drama, in dem die Leidenschaften als Hauptfiguren auftreten.
www.dhmd.de

LEIPZIG

MUTEC + denkmal – Europäische Messe für Denkmalpflege, Restaurierung und Altbausanierung 2012
Neues Messegelände Leipzig, Halle 2
22.–24.11.2012

Zu den zentralen Themen der MUTEC gehören Museumsarchitektur, Museumsbau, Sicherheits-, Umwelt- und Klimatechnik, Ausstattung und Szenografie, Besucherservice, Leitsysteme, Ticketing, Audiotechnik, Licht, Multimedia, interaktive Systeme, museumspädagogische Konzepte, Depot und Archiv, Datenmanagement sowie Einrichtungen für den wissenschaftlichen Betrieb. Die denkmal, die sich komplex mit

Themen rund um die Denkmalpflege befasst, findet das 10. Mal statt, diesjährig in Kooperation mit Russland.
www.mutec.de
www.denkmal-leipzig.de

RATINGEN

Glanz und Grauen – Mode im „Dritten Reich“

LVR-Industriemuseum
bis 27.1.2013
Was hatte Kleidung mit dem NS-Regime zu tun? Wie politisch war der Alltag? Wie politisch war Kleidung? Diesen und anderen Fragen geht diese Ausstellung nach. Über 200 originale Kleidungsstücke – vom eleganten Abendkleid über Dirndl bis hin zu Kostümen und Uniformen – sind zusammen mit 300 weiteren Exponaten zu sehen. Die Ausstellung entstand in Kooperation mit der Philipps-Universität Marburg, die gemeinsam mit dem LVR-Industriemuseum im Rahmen

eines Forschungsprojektes Kleidung und Kleidungsverhalten in den 1930er und 40er Jahren untersucht.
www.glanz-und-grauen.lvr.de

INFO ABEND:

ERFOLGREICH SELBSTSTÄNDIG SEIN UND BLEIBEN

Dortmund, 23.10.2012, 18.30–22 Uhr
Info- und Netzwerksabend der ver.di-Selbstständigengruppe Dortmund zusammen mit der Kooperationsstelle Wissenschafts-Arbeitswelt, Dortmund
In drei parallel stattfindenden Workshops werden die Themen Erfolgsstrategien, Rechtsformen und Fördermöglichkeiten für Soloselbstständige erörtert. Die Veranstaltung wird mit einem „Visitenkartenplausch“ enden. Ort und Programm demnächst auf der bfk-Website.